

Windräder gaben zu diskutieren, die Fusion kaum

Wisen Ohne Gegenstimme wurde Eintreten zuhanden der Urnenabstimmung vom 17. Juni beschlossen

VON BEAT WYTENBACH

«Obschon die Gemeindeversammlung bereits mehrfach positiv zu den bisherigen Zwischenschritten Stellung genommen hat, geht es an der kommenden Gemeindeversammlung darum, die Fusion offen plus den Weg an der Urne zu öffnen. Eine derart zukunftsweisende Entscheidung verlangt die Anwesenheit von vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Ein so weitreichender Entscheid soll von einer grossen Zahl Stimmberechtigter getragen werden. Deshalb erwartet der Gemeinderat an der ausserordentlichen Gemeindeversammlung eine volle Mehrzweckhalle», hatte sich der Rat in der Botschaft zur ausserordentlichen Wisner Gemeindeversammlung vom Montag vernehmen lassen. Der Souverän war dem Ruf gefolgt; Gemeindepräsident Matthias Geiger konnte 76 Stimmberechtigte und mehrere Gäste, darunter Lukas Schönholzer, Leiter Koordinationsstelle für Gemeindefusionen vom Amt für Gemeinden, in der Mehrzweckhalle willkommen heissen.

Stadtteil von Olten

Geiger rollte in der Folge die Geschichte vom Anbeginn des Fusionsvorhabens im Frühling 2008 bis zur Vernehmlassung im Januar und Februar dieses Jahres nochmals auf und hielt die wichtigsten Punkte fest. «Die Chancen einer Fusion überwiegen. Olten wird innerhalb des Kantons sowie als Wohn- und Gewerbestandort gestärkt, zudem können Kosten eingespart und Synergien bei der Infrastruktur genutzt werden», fasste er zusammen. Wisen würde nach einer Fusion zu einem Stadtteil von Olten; die Kernverwaltung, eventuell mit Aussenstelle in Trimbach, läge bei der Stadt, und die Schulstandorte blieben grundsätzlich erhalten.

Die Risiken, so Geiger, beständen darin, dass Olten und Trimbach mehr Gewicht erhielten und die bei-



Die Wisner Mehrzweckhalle war sehr gut gefüllt; nur wenige Stühle blieben leer.

MARKUS MÜLLER

den Berggemeinden keine direkte Anlaufstelle im Dorf mehr hätten. «Jedoch können wir nicht den Anspruch aufrechterhalten, nach einer Fusion eine eigene Gemeindeverwaltung zu beanspruchen», hielt er fest. Zu einzelnen Punkten, die im Rahmen der Vernehmlassung Fragen aufgeworfen hatten, bemerkte der Gemeindepräsident Folgendes: Bezüglich Schiesswesen «wird die Nutzung unseres Schiessstandes überschaubar bleiben». Wahlkreise seien keine vorgesehen; bezüglich Raumplanung sei festzuhalten, dass in Hauensteinfenthal noch 20 und in Wisen 30 Einfamilienhäuser gebaut werden könnten, die Jurasschutzzone bleibe unangetastet. Das Wisner Bürger-

recht bleibe bestehen, und bezüglich Feuerwehr-Dienstleistenden «ist Olten froh um jeden Freiwilligen», so

«Olten wird durch die Fusion innerhalb des Kantons sowie als Wohn- und Gewerbestandort gestärkt.»

Matthias Geiger,
Gemeindepräsident

Geiger. Die Finanzkennzahlen würden von Olten dominiert, und bezüglich Kehrrecht «wird die Gebühren- gleichheit eingeführt». Der Kehrrecht,

respektive die Beibehaltung der 240-Liter-Container, war denn auch das einzige Thema, das Diskussionsbedarf auslöste, bevor der Souverän in der Folge mit 74:0 Stimmen bei zwei Enthaltungen Eintreten beschloss.

Windräder: Postulat eingereicht

Mehr zu reden gaben allfällige Windräder, welche gemäss kantonalem Richtplan im Bereich Wisner Höhe gebaut werden könnten. Dies hatte einige Einwohnerinnen und Einwohner bewegt, ein Postulat einzureichen, welches zunächst noch vom Gemeinderat behandelt und anlässlich der Rechnungsgemeindeversammlung pro 2011 vom Montag, 18. Juni, diskutiert werden dürfte.

In jenem Postulat wurde der Rat beauftragt, die notwendigen Massnahmen zu ergreifen, um das Landschaftsbild zu schützen und insbesondere Windräder in der Wisner Höhe zu vermeiden. Geiger hielt dazu fest, dass die Wisner Höhe «als mögliches, nicht aber als festgesetztes Gebiet» im Richtplan vorgesehen sei. Und Schönholzer beschwichtigte: «Die Bevölkerung kann sich im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens beim Planungsprozess einbringen. Und auch die Gemeinde kann ein gewichtiges Wort mitreden und Stellung beziehen». Nach diesen Worten schloss der Gemeindepräsident nach rund 40 Minuten die sehr gut besuchte Versammlung.

Eine doch eher selten gesehene Einträchtigkeit

Trimbach Mit überdeutlichem Mehr ist die ausserordentliche Gemeindeversammlung auf die Fusionsvorlage Olten plus eingetreten.

VON URS HUBER

Die Urnenabstimmung vom 17. Juni kann kommen, jedenfalls aus Trimbacher Sicht. Mit 197 zu 10 Stimmen bei 15 Enthaltungen hat die ausserordentliche Gemeindeversammlung am Montagabend klar Eintreten auf die Vorlage Fusion Olten plus beschlossen. Damit ist der Weg frei für die Urnenabstimmung, sofern Olten Parlament in seiner Donnerstagsitzung diese Eintretensdebatte ebenfalls positiv beantwortet.

Nicht eine Stunde

50 Minuten hatte sie gedauert, die Gemeindeversammlung in Trimbach. Wortmeldungen gabs überraschenderweise keine; es wirkte alles viel mehr so, als wolle die Versammlung abstimmen, einfach abstimmen und – wie sich zeigen sollte – die Urnenabstimmung zulassen. Zuvor hatte Gemeindepräsident Karl Tanner noch einmal die Aspekte der Fusionsvorlage aufgezeigt und war auf Bemerkungen und Fragen eingegangen, welche bei der Vernehmlassung nach Neujahr zutage getreten waren. In Trimbach waren 42 Stellungnahmen eingegangen. «Für mich ein gutes Zeichen», wie der Gemeindepräsident an die Adresse der Versammlung meinte.



234 Trimbacherinnen und Trimbacher wollten bei der ausserordentlichen Gemeindeversammlung dabei sein.

BRUNO KISSLING

Politisch teilhaben

Tanner beleuchtete in der Folge die verschiedensten Aspekte einer Fusion. Am eindringlichsten hielt er die Seinen dazu an, sich auch im vergrösserten Olten politisch zu beteiligen. Die Idee aus der Vernehmlassung, wonach die Bildung von Wahlkreisen eine befürchtete übermässige Dominanz Olten verhindern helfen würde, musste Tanner abschlägig beantworten. «Die Bildung von Wahl-

kreisen ist im Gemeindegesetz nicht vorgesehen.» Aber 30 Stimmberechtigte könnten dem Gemeindeparlament schriftlich Vorschläge unterbreiten, welche wie Motionen oder Postulate zu behandeln seien. Grundsätzlich aber stehe jedes Amt auch den Bewohnerinnen und Bewohnern Trimbachs offen.

Auch der Befürchtung, die Fusion nähere die Gettoisierung, trat Tanner entgegen. Dieses Phänomen habe –

wenn es tatsächlich zu beobachten sei – nichts mit der Fusion zu tun.

Passend dazu auch das Thema öffentliche Sicherheit: Die Details zu Feuerwehr und Polizei würden nach Annahme des Fusionsvertrages geregelt, so Tanner. Ein Umstand, den niemand beunruhigte, zumal die Kantonspolizei angezeigt hatte, für Kanton und die fusionierten Gemeinden eine befriedigende Lösung in Zuständigkeits- und Abgeltungsfragen

zu suchen. Es war, nachdem auch den Vereinen die Unterstützung im bisherigen Umfang zugesichert worden war, alles klar. Tanners Ausführungen hatten jenen Schatten, der noch bei vielen auf der persönlichen Dorfseele lastete, weggeräumt. In einer doch selten gesehenen Einträchtigkeit endete der Abend im Mühlemattsaal. In Trimbach will man wissen, wies in der Frage Fusion Olten plus «so tuet a dr Urne».